Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Klaus F. Zimmermann:

"Wer einen Job hat, schafft Jobs für andere"

Lübecker Nachrichten: Ob Parteien oder Bundespräsident – alle betonen den Vorrang der Arbeit. Muss sich diesem Ziel alles andere unterordnen?

Klaus F. Zimmermann: Gegenwärtig gibt es nichts Wichtigeres. Im Verhältnis zu anderen Zielen in der Sozialpolitik oder zu anderen Fragen des Arbeitsmarktes wie der Zumutbarkeit hat die Schaffung von Arbeitsplätzen höchste Priorität. Wer Arbeit hat, schafft auch Arbeit für andere und entlastet die sozialen Sicherungssysteme.

LN: Was ist die Zielmarke? Vollbeschäftigung?

Zimmermann: Langfristig ist zumindest das, was heute international als Vollbeschäftigung gilt, die Zielmarke: eine Quote von fünf bis sechs Prozent, das wären unter drei Millionen Arbeitslose. Für eine so große Veränderung brauchen wir aber fünf bis zehn Jahre.

LN: Und was machen wir mit den rund drei Millionen Arbeitslosen, die trotzdem bleiben? Zimmermann: Eine halbe Million davon ist nur vorübergehend arbeitslos, auf dem Weg von einem alten zu einem neuen Job. Die sind nicht das Problem. Bei den Langzeitarbeitslosen ist das anders. Viele sind schon so lange aus dem Arbeitsprozess heraus, dass ihre Produktivität zu gering ist, um wieder auf dem Arbeitsmarkt eine regulär bezahlte Beschäftigung zu finden.

LN: Müssten diese Menschen sich damit abfinden, dass sie bis zur Rente arbeitslos bleiben? Zimmermann: Man könnte dauerhaft eine Beschäftigung gering qualifizierter Langzeitarbei tsloser subventionieren. Das ist zwar gefährlich, weil das zu einer Dauersubvention führen kann und man nur schwer erkennt, wann ein Arbeitnehmer auch auf dem regulären Arbeitsmarkt wieder eine Chance hätte. Das kann nur das allerletzte Mittel sein, wenn es zwei Jahre lang nicht anders geklappt hat.

LN: Ist Qualifikation der Menschen nicht die bessere Alternative zur Förderung eines Niedriglohnsektor? Schon heute fehlen doch vielfach Fachkräfte.

Zimmermann: Dauerarbeitslose besser zu qualifizieren, hat sich als schwierig erwiesen. Weiterbildung muss früher einsetzen, schon im Betrieb, wenn

die Notwendigkeit erkennbar wird. Fortbildung könnte durch niedrigere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung honoriert werden. Aber man könnte auch Arbeitgeber und Betriebsräte in die Pflicht nehmen, vorausschauend auf die Notwendigkeit von Weiterbildungsmaßnahmen hinzuweisen und sie anzubieten.

LN: Der Nachwuchs wird weniger. Gleichzeitig leben die Deutschen immer länger. Zwingt das nicht zu späterem Ausscheiden aus dem Berufsleben?

Zimmermann: Wir verbringen einen immer geringeren Anteil des Lebens in der Arbeitswelt. Weil wir immer später in den Job kommen und immer früher aufhören. Das ist eine ungesunde Entwicklung. Die Rente und andere beitragsfinanzierte Bereiche des Sozialsystems sind nicht mehr zu finanzieren. Die Versorgung des Arbeitsmarktes funktioniert nicht mehr ohne Zuwanderung. Da muss zweifellos etwas geschehen - auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch späteres Ausscheiden aus dem Arbeitsleben. Wir dürfen dabei nicht vergessen: Arbeit ist ja nicht nur Maloche. Arbeit ist auch kreative Lebensgestaltung und Sinngebung.

LN: Wann wird es volle Rente erst ab 70 geben?

Zimmermann: In zehn Jahren wird das reguläre Renteneintrittsalter 67 Jahre sein, in 20 Jahren wird es bei 70 Jahren liegen. Heute liegt es bei 60 Jahren. Eigentlich wäre das Eintrittsalter 70 schon in zehn Jahren notwendig, aber dazu ist die Politik zu langsam.

LN: Wie müsste die Arbeitswelt verändert werden, damit die Menschen tatsächlich so viel länger arbeiten können?

Zimmermann: Ältere Arbeitnehmer könnten durchaus auch
länger auf einer Vollzeit-Stelle
arbeiten, wo ihre Routine und
Lebenserfahrung eine entscheidende Rolle spielt. Dann müssten aber auch Tarife geändert
werden. Es müsste möglich werden, dass die Löhne im Alter
wieder sinken. Aber auch die
Teilzeit kann erweitert werden:
Auch hochqualifizierte Arbeit
ist zur Teilzeit geeignet.

LN: Könnte eine Kombination aus Teilzeit-Arbeit und vorgezogener Teil-Rente bei gleichzeitiger Verpflichtung, dann über das reguläre Rentenalter hinaus zu arbeiten, Altersteilzeit auch finanziell attraktiver machen und gleichzeitig die Rentenkasse entlasten?

Zimmermann: Wenn es verbunden ist mit der Verpflichtung, länger zu arbeiten, wenn es also keine Einladung zur Frühverrentung ist, wäre das zu überlegen. Wichtig wäre, dass auch die Unternehmen einen Vorteil haben. Da muss kreativ nachgedacht werden. In jedem Fall ist Flexibilität das Zauberwort.

Interview: Rüdiger Wenze!